

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: MV 26/5223

Fachbereich	Datum
Fachbereich 1 Zentrale Dienste, Finanzen	10.03.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	12.03.2026	Ö

Prüfung einer internen Lösung für die Informationssicherheit

Zum Prüfauftrag der SPD-Fraktion wird mitgeteilt:

Allgemeines:

Die Anforderungen an die IT-Sicherheit in öffentlichen Verwaltungen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Insbesondere durch gesetzliche Vorgaben, steigende Cyberbedrohungen sowie zunehmende Digitalisierung müssen auch kleine Verwaltungen ein hohes Maß an Informationssicherheit gewährleisten. Für kleine Verwaltungen ist es jedoch häufig sinnvoll, Aufgaben der IT-Sicherheit ganz oder teilweise extern zu vergeben.

Ein zentraler Grund hierfür ist der **Mangel an spezialisiertem Fachpersonal**. IT-Sicherheit erfordert umfangreiches und aktuelles Expertenwissen in Bereichen wie Netzwerksicherheit, Schwachstellenmanagement, Notfallmanagement oder Datenschutz. Kleine Verwaltungen verfügen meist nicht über ausreichend Personal mit entsprechender Qualifikation. Die Ausbildung oder dauerhafte Beschäftigung solcher Spezialisten ist häufig personell und finanziell nicht realisierbar. Dies insbesondere vor dem ermittelten Aufgabenanteil von 0,2 VZÄ, der keine adäquate Stellenbesetzung erwarten lässt. Dies auch vor dem Hintergrund einer hohen Nachfrage inner- und außerhalb des Öffentlichen Dienstes angesichts der im Öffentlichen Dienst tariflich begrenzten Vergütungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus ermöglicht die externe Beauftragung den **Zugriff auf hochqualifizierte Experten und aktuelles Fachwissen**. Externe Dienstleister beschäftigen sich täglich mit IT-Sicherheitsfragen und verfügen über umfangreiche Erfahrung aus verschiedenen Organisationen. Dadurch können sie Risiken schneller erkennen und geeignete Maßnahmen effizient umsetzen.

Auch die **Kontinuität und Aktualität der Sicherheitsmaßnahmen** kann durch externe Unterstützung verbessert werden. IT-Sicherheitsanforderungen, Bedrohungslagen und technische Standards verändern sich stetig. Spezialisierte Dienstleister verfolgen diese Entwicklungen kontinuierlich und können

entsprechende Anpassungen zeitnah vornehmen.

Zu den konkreten PRÜFAUFTRÄGEN der SPD

- organisatorische Möglichkeiten:

Die Schaffung eines eigenen Arbeitsplatzes ist derzeit mangels vorhandener Raumkapazitäten nicht realisierbar. Der nur als Teilzeitbeschäftigung ermittelte Umfang würde dennoch fixe Sachkosten (räumlich/Mobiliar/etc.) erfordern. Der Aufbau eigener IT-Sicherheitsstrukturen bedingt weiterhin hohe Kosten, beispielsweise für Schulungen, spezialisierte Software, Sicherheitsanalysen oder kontinuierliche Weiterbildungen.

Bei einer Fokussierung der Aufgabenerledigung in unserer Verwaltungsgröße auf einen (Teilzeit-)Mitarbeitenden bestehen im Falle von Vakanzen kaum Möglichkeiten der redundanten Aufgabenerledigung. Bei externer Beauftragung können kleine Verwaltungen diese Leistungen bedarfsgerecht nutzen, ohne dauerhaft hohe Personal- und Infrastrukturkosten tragen zu müssen.

- Reine Lohnkosten bei Schaffung einer 0,5-Stelle im Bereich belaufen sich auf rund 41.000 EUR

- Kombination einer internen Stelle mit externer fachlicher Beratung

Die Kombination ist vorgesehen. Letztlich soll die Dienstleistung beim externen Berater eingekauft werden, damit sich die Verwaltung auf ihre eigentlichen Kernaufgaben konzentrieren kann, während komplexe und hochspezialisierte IT-Sicherheitsaufgaben von dafür qualifizierten Fachleuten übernommen werden. Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt dann auf Basis des externen Inputs durch unsere Mitarbeitenden.

Zusammenfassend bietet die externe Beauftragung von IT-Sicherheitsaufgaben für Verwaltungen unserer Größenordnung zahlreiche Vorteile:

- Zugang zu Expertenwissen
- wirtschaftliche Effizienz
- aktuelle Sicherheitsstandards sowie
- eine Entlastung der eigenen personellen Ressourcen

Sie stellt daher aus Sicht der Verwaltung die sinnvolle und notwendige Maßnahme dar, um ein angemessenes Niveau der Informationssicherheit sicherzustellen. In gleicher Weise und mit dem gleichen Anbieter erfüllen auch umliegende Kommunen, u.a. in der Regiopole Mittleres Rheinland die notwendige Aufgabe der Informationssicherheit.

Letztlich hält es die Verwaltung auch in Kenntnis der dargestellten Kostensituation für dringend geboten, die Aufgabe extern zu vergeben und so zeitnah zu erfüllen.

Anlage Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2026

(Lennart Siefert)
Oberbürgermeister